

Informationspflichten bei der Erhebung von Daten bei der betroffenen Person (Art. 13 DS-GVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Mit diesen Datenschutzhinweisen werden Sie nachstehend gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (im Folgenden DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer Daten informiert.

Ziel des vorliegenden Online Dienstes ist es, Ihre Antragsdaten direkt zur zuständigen Behörde zu übermitteln. Die Daten werden also erhoben, auf eigenen Wunsch zwischengespeichert, übermittelt und nach einer erfolgreichen Übermittlung sofort wieder gelöscht („Anerkennung Gleichwertigkeit Sachkundenachweis“ im Folgenden: Online Dienst).

Die daran anschließende Prüfung, Bearbeitung, Speicherung und Bescheidung von Anträgen sowie die Aufbewahrung der Daten gemäß Ziffer 6 läuft davon getrennt in der zuständigen Behörde unter Zuhilfenahme des jeweiligen Verwaltungs- und Fachverfahrens der zuständigen Behörde ab.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Gemeinsame Verantwortung gemäß Art. 4 Nr. 7 i.V.m. Art. 26 Abs. 1 DSGVO, sowie § 7 Abs. 4 LDSG (SH), § 1-3 ZStBaDiVO und Nr. 3 der Anlage zu § 1 BasisdiensteVO:

Verantwortlich für den Online Dienst ist das Zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein:

Zentrales IT-Management Schleswig-Holstein
Referat StK 30 - Grundsatzangelegenheiten Digitalisierung und E-Government

Niemannsweg 220
24106 Kiel

poststelle@stk.landsh.de

Verantwortlich für das Verwaltungs- und Fachverfahren ist die für Sie zuständige Landesbehörde:

Ansprechpartner Schleswig-Holstein:

Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord
Seekoppelweg 5a
D-24143 Kiel

E-Mail: poststelle@arbeitsschutz.uk-nord.de
Tel.: 0431 220040-10

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Für Rückfragen zum Datenschutz steht Ihnen zur Verfügung:

für den Online Dienst:

dsb-zit@stk.landsh.de

für das Verwaltungs- und Fachverfahren:

Datenschutzbeauftragte/r

Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes

Adolf-Westphal-Straße 4
24143 Kiel

E-Mail: datenschutz@sozmi.landsh.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

4a) Zwecke der Verarbeitung:

Die im Online Dienst relevante Datenverarbeitung dient dem Zweck, Bürger und Unternehmen bei der Antragstellung digital zu unterstützen und damit einen barriere- und medienbruchfreien Zugang zu Verwaltungsleistungen im Rahmen der Gefahrstoffverordnung zu ermöglichen (Onlinezugangsgesetz). Die Weiterleitung an das Verwaltungs- und Fachverfahren der zuständigen Behörde erfolgt, um den Vollzug der Gefahrstoffverordnung (im folgenden GefStoffV) zu ermöglichen.

4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Ihre Daten werden auf der Grundlage des Onlinezugangsgesetzes (OZG), von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e sowie in Verbindung mit § 2 Absatz 17 Gefahrstoffverordnung (GefStoffV), § 19a Abs. 1 i.V.m § 2 Absatz 17 Gefahrstoffverordnung (Gef-StoffV), § 15c i.V.m. Anhang I 4.4 Absatz 2 Gefahrstoffverordnung (Gef-StoffV) sowie Anhang I 4.4 Absatz 2 Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) verarbeitet.

4c) Es werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet

- Persönliche Daten einer zuständigen Person (allgemeine Personendaten)
- Angaben zum anzuerkennenden Sachkundenachweis
- IP-Adresse bei der Nutzung des Dienstes

4d) Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Online Dienst werden die personenbezogenen Daten über den Antragsprozess erhoben.

Der Antragsteller hat die Möglichkeit den Antrag vollständig digital an das Verwaltungs- und Fachverfahren der zuständigen Landesbehörde zu übermitteln.

Um eine ordnungsgemäße Verarbeitung zu gewährleisten erfolgt eine technische Protokollierung (z.B. IP-Adresse, Datum).

Sind die Daten erfolgreich an das Verwaltungs- und Fachverfahren der zuständigen Landesbehörde übermittelt, erfolgt auf der Basis der erhobenen und ermittelten Daten die Prüfung, Bearbeitung und, wenn notwendig, Bescheidung des Antrages.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

5a) Ihre personenbezogenen Daten werden durch den Online Dienst weitergegeben an:

- Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord
- Die Datenverarbeitung im Rahmen des Online Dienstes erfolgt auf der IT-Infrastruktur der Dataport AöR, die im Auftrag des Verantwortlichen (das Zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein) den Online-Dienst betreibt.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Um es dem Antragsteller im Falle einer technischen oder zeitlichen Unterbrechung zu ersparen, seine Daten erneut in die Antragsmaske einzugeben, besteht im Online Dienst die Möglichkeit einer lokalen und verschlüsselten Zwischenspeicherung als HTML-Datei auf dem aktuellen Computer. Die Zwischenspeicherung erfolgt nicht automatisch, sondern muss aktiv initiiert werden. Beim Aufruf der Datei wird das Formular wieder gestartet und gegebenenfalls eine Anmeldung am Service Konto ausgelöst und verifiziert. Der Antragsteller muss eigenständig sicherstellen, dass die HTML-Datei von keiner unbefugten Person verwendet wird.

Nach der Übermittlung an das Verwaltungs- und Fachverfahren der zuständigen Landesbehörde bzw. nach einem erfolgreichen Ausdruck des Antrages werden die Daten im Online Dienst sofort gelöscht.

Im Verwaltungs- und Fachverfahren der zuständigen Landesbehörde werden die personenbezogenen Daten gemäß Ziffer 4.2 der Aktenordnung des Landes S.-H. 5 Jahre nach Aktenschließung gelöscht, sofern sie für den Vollzug der Gefahrstoffverordnung nicht mehr benötigt werden und keine abweichenden Aufbewahrungsfristen in der Gefahrstoffverordnung festgelegt sind.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DS-GVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DS-GVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18 und 21 DS-GVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die zuständige Behörde, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Wenn Sie sich an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden möchten, können Sie sie wie folgt kontaktieren:

für das Bundesland Schleswig-Holstein:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein

Holstenstraße 98

24103 Kiel

Telefon: 0431 988-1200, Fax: -1223

E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der Landesbeauftragten unter

<https://www.datenschutzzentrum.de/> entnehmen.